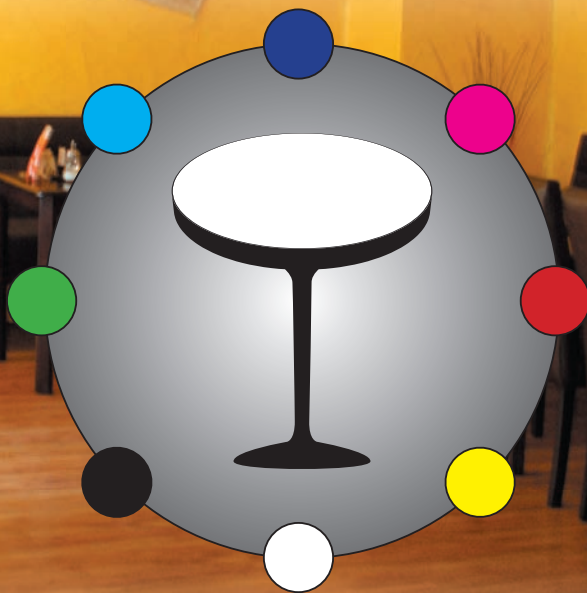


Positionspapier



Runder Tisch Spandau

für Demokratie
und Toleranz
gegen Ausgrenzung,
Rassismus,
Antisemitismus
und Gewalt

„Wenn es gegen alte und neue Nazis geht, müssen alle Demokraten zusammenhalten.“
(Günther Beckstein, bayrischer Innenminister am 1.5.07 auf einer Kundgebung in Nürnberg).

„Das NS –Regime hat nicht nur Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und politische Linke verfolgt und ermordet, sondern das Regime hat eigentlich potentiell alle betroffen. Jeder konnte in einem solchen Unrechtsstaat letztlich in einem Konzentrationslager enden. Ich finde, diese Botschaft, dass ein Rechtsstaat uns alle schützt – diese Botschaft wird sträflich vernachlässigt.“ (Rabbiner Andreas Nachama in einem Interview mit der Berliner Zeitung am 21.3.07.

Am 5. März 2007 wurde in Spandau unter der Schirmherrschaft von Werner Salomon ein Runder Tisch für Demokratie und Toleranz gegründet. Beteiligt waren verantwortliche Vertreterinnen und Vertreter von Spandauer Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Kirchen, Vereinen und weiterer Einrichtungen des öffentlichen Lebens.

**Ziel des Runden Tisches ist es,
das demokratische Klima in Spandau zu stärken,
für Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft zu werben und dafür Sorge zu tragen,
dass Gruppierungen und Personen, die die Grundrechte unserer Verfassung
ablehnen und missachten, in ihre Schranken gewiesen werden.**

Wir brauchen ein starkes Bündnis aller demokratischen Kräfte Spandaus, um die Vorzüge unserer demokratischen Gesellschaftsordnung herauszustellen und sichtbar zu machen. Die größte augenblickliche Gefahr für unsere Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus. Rechtsextremes Gedankengut hat begonnen in die Mitte der Gesellschaft einzudringen.

Dem gilt es Einhalt zu gebieten. Rechtsextrem ist, wer eine Einstellung, eine Verhaltensweise oder eine Aktion zeigt, bei der von einer Ungleichheit der Menschen ausgegangen wird, das Völkische betont und die Gemeinschaft vor das Individuum gestellt wird. Dabei wird Gewalt akzeptiert oder angewandt.

Antidemokratischen und rechtsextremen Bewegungen kann der Wind aus den Segeln genommen werden. Dafür wollen wir uns stark machen:

1. Wir wollen, dass alle Menschen in Spandau unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung oder Religion sicher und angstfrei leben können. Wir werden ein Netzwerk aufbauen, damit keine Person aufgrund rechtextremer Übergriffe zu Schaden kommen kann.
2. Wir wollen erreichen, dass die Spandauer Öffentlichkeit sich mit uns gemeinsam aktiv und offensiv und für alle sichtbar für ein demokratisches und tolerantes Spandau einsetzt und alle antidemokratischen und menschenverachtenden Äußerungen mit Nachdruck zurückweist.
3. Wir wollen erreichen, dass die politischen –auch die kommunalpolitischen –Handlungen nachvollziehbarer und transparenter werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, dass sie auf die Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können.
5. Wir wollen alle Maßnahmen unterstützen, die der Förderung eines positiven familiären Erziehungsklimas dienen, die die Elternarbeit an Schulen und Kitas intensivieren und die die Familienförderung bedarfsgerecht ausbaut.
6. Wir wollen dafür sorgen, dass in Spandau Informationsveranstaltungen und Schulungen durchgeführt werden, die die Möglichkeit bieten, sich mit der Thematik des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und die darüber hinaus Handlungsansätze in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gruppierungen aufzeigen.
7. Wir wollen erreichen, dass junge Menschen in Spandau Betätigungsfelder und Bezugsgruppen finden, in denen sie ihren Hobbys und Interessen nachgehen können und sich in ihrer Persönlichkeit angenommen fühlen und dabei Werte wie Demokratie und Toleranz kennen- und schätzen lernen, selbst nach diesen Werten handeln und sie weiter tragen.

Beschlossen auf der 2. Sitzung des Runden Tisches am 30.5.2007

KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS

